

Wiastotter Zeitung

Organ des Soldatenrates

Schriftleitung: Alexanderstraße 8/10 Geschäftsstelle: Nikolaistraße 3.

Erscheint täglich. — Bezugspreis: Abgeholt bei der Geschäftsstelle monatlich 1.50 Mark; durch die Post bezogen 4.95 Mark vierteljährlich außer Bestellgeld.

Bestellungen nehmen sämtliche Reichs- und Feldpostämter entgegen. Feldabonnements 1.15 Mk. einschl. Porto, von der Expedition — abgeholt 1 Mark. —

Nochmals der verlängerte Waffenstillstandsvertrag.
Wolffmeldung.

Berlin, 18. Januar.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht den Wortlaut des Zusatzabkommens, durch das in Trier am 16. Januar der Waffenstillstand um einen Monat verlängert worden ist. Die Bestimmungen entsprechen im allgemeinen den bereits bekannt gewordenen Bedingungen. Zu der Lieferung der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, die als Ersatz für das hinzukommende Eisenbahnmateriale in Höhe von 500 Lokomotiven und 19000 Wagen gefordert werden, wird bemerkt:

Die deutsche Waffenstillstandskommission soll ab heute bis zum 23. Januar der alliierten Waffenstillstandskommission die Aufstellung darüber liefern, was bis zum 1. März übergeben werden kann und was im Prinzip einem Drittel der Gesamtsumme gleichkommen muß. Die interalliierte Waffenstillstandskommission soll ab heute bis zum 23. Januar die weiteren Lieferungsfristen festlegen, die sich im Prinzip nicht über den 1. Juni hinaus erstrecken dürfen. Die Bedingungen, die die Seemacht betreffen, werden durch die Forderung ergänzt, daß alle U-Boote, die fahr- und schlepptauglich sind, unverzüglich abgeliefert werden müssen. Der Bau von U-Booten muß unverzüglich aufhören, und die gegenwärtig im Bau befindlichen U-Boote müssen abgebaut oder zerstört werden.

Im letzten Kapitel wird bestimmt: Um die Lebensmittelversorgung Deutschlands und die des übrigen Europas sicherzustellen, wird die deutsche Regierung alle möglichen Maßnahmen treffen, um während der Dauer des Waffenstillstandes die ganze deutsche Handelsflotte unter Kontrolle und Flagge der alliierten Mächte und der Vereinigten Staaten unter Mitwirkung eines deutschen Delegierten zu stellen. Diese Vereinbarung greift in keiner Weise der endgültigen Verfügung über diese Schiffe vor. Die Alliierten und die Vereinigten Staaten können, falls sie es für notwendig erachten, die Bemannung teilweise oder ganz ertüben. Die auf diese Weise entlassenen Offiziere und Mannschaften sollen nach Deutschland zurückbefördert werden. Eine angemessene, von den alliierten Regierungen festzusetzende Entschädigung soll für die Besatzung dieser Schiffe zugesprochen werden. Ein unverzüglich abzuschließendes Sonderabkommen soll alle Einzelheiten sowie die für die verschiedenen Schiffskategorien zu bestimmende Übernahme regeln.

Die Notwendigkeit des Abschlusses betonte Staatssekretär Erzberger in folgenden Ausführungen:

„Was hätte der Nichtabschluß der Verlängerung des Waffenstillstandes bedeutet? Die Wiederaufnahme von Kriegshandlungen, der tatsächlich rechtlose Zustand des linksrheinischen Gebiets wäre auch auf das rechte Ufer ausgebreitet worden. Damit wäre auch das ganze rechtsrheinische Kohlenebiet in die Hände der Entente gekommen und für uns wertlos geworden. Ebenso wäre die Lebensmittelversorgung ganz Deutschlands dadurch in Frage gestellt gewesen. Ferner hätte dann die Blockade wieder in voller Schärfe eingesetzt, und es hätte keine Aussicht auf deren Milderung gegeben. Alles dies wären die landwirtschaftlichen Maschinen doch nicht wert.“

Der gesamte Wert der abzugehenden Maschinen beträgt 73 Millionen Mark, das heißt bei einer Lieferung von fünf Monaten 500 000 Mark pro Tag. Der Geldwert wäre nur der zehnte Teil des Wertes der ursprünglich geforderten 500 Lokomotiven und 19000 Waggons. Ferner war zugesichert worden, daß von den seinerzeit beschlagnahmten Waggons nur diejenigen zurückgegeben werden müßten, über die wir noch verfügen können, das heißt nicht solche, die wir im Gebiete des Ostens transportiert haben in solche Gebiete, die wir jetzt nicht mehr beherrschen.

Schließlich hat Foch auf die scharfe Auffassung des französischen Finanzkontrolleurs betr. die Kontrolle aller deutschen Werte mit der Bemerkung verzichtet, das sei kein Gegenstand der Waffenstillstandsverhandlungen. Auch das bedeutet eine Erleichterung.“

Staatssekretär Erzberger hatte sich außer in der letzten Waffenstillstandsung mündlich noch einmal schriftlich an Marshall Foch wegen Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen gewandt und von diesem nunmehr folgende Antwort erhalten:

„Trier, 16. Januar 1919.“

Ich begreife, von welchem Interesse die Rück-

beförderung der gegenwärtig in den Händen der alliierten Regierungen sich befindenden Gefangenen für Deutschland ist. Ich beabsichtige, Ihre Bitte, die hauptsächlich auf die Rückbeförderung der die meiste Teilnahme einflößenden Kategorien hinzielt, diesen Regierungen zu übermitteln und bei ihnen zu beklagen. Was die Beziehungen zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet betrifft, so bleibe ich bereit, den Warenaustausch im ganzen mit der Sicherheit der Armeen zu vereinbarendem Maße zu gestatten, um dadurch die Arbeitslosigkeit und die sich daraus ergebenden Unruhen zu vermeiden.

Empfangen Sie, Herr Staatssekretär, die Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung!

gez.: Foch.“

Den deutschen Unterhändlern bei der Waffenstillstandskommission ist es laut „W. Z.“ am Mittag gelungen, wesentliche Milderungen der letzten Waffenstillstandsbedingungen bei der Entente zu erzielen. Der Ablieferungsfrist der landwirtschaftlichen Geräte ist bis zum 1. Juni 1919 hinausgeschoben. Außerdem wurde keine bestimmte Anzahl der abzuliefernden Maschinen festgesetzt, sondern nur grundsätzlich vereinbart, daß landwirtschaftliche Maschinen abgeliefert werden sollen.

Wiederauflebender Bergarbeiterstreik in Oberschlesien.

Wolffmeldung.

Kattowitz, 18. Januar.

Die Forderung der Bergarbeiter auf Zahlung einer Entschädigung von 800 Mark sind abgelehnt und die Verhandlungen abgebrochen worden. Heute streiken bereits 19 Gruben. Für Montag wird der Ausbruch des Generalstreiks erwartet.

Sozialisierung der Achenbachschen Zeche.

Wolffmeldung.

Köln, 18. Januar.

Die Belegschaften der Zeche Minister Achenbach hat gestern der „Kölnischen Zeitung“ zufolge die Sozialisierung der Zeche beschlossen und einen aus einem Steiger, einem Beamten und drei Arbeitern bestehenden Rat gewählt. Der Steiger übernahm heute früh die Leitung des Betriebes.

Bürgerkrieg in Portugal.

Wolffmeldung.

Lissabon, 17. Januar.

Trotzdem offizielle Nachrichten fehlen, treffen, wie die „Times“ aus Madrid melden, Privatmeldungen ein, daß in ganz Portugal der Bürgerkrieg tobt. Alle Verbindungen sind abgebrochen. In einem offiziellen Regierungskommuniqué wird zugegeben, daß Santarém in Händen von Revolutionären ist und unter dem Kommando eines Artillerieoffiziers steht. Die Zivilbevölkerung bekam den Rat, die Stadt zu räumen. Die Bewegung geht von Dato aus und wird von Bolschewisten unterstützt.

Ukrainische Gebietsansprüche an Ungarn.

Wolffmeldung.

Wien, 17. Januar.

Wie der ukrainische Pressedienst aus Stanisla u meldet, hat die Regierung der westukrainischen Republik an die ungarische Regierung eine Note gerichtet, in der sie ankündigt, daß sie mit ihren Truppen in Ausübung des Grundgesetzes der freien Selbstbestimmung der Völker die ukrainischen Teile Ungarns, in denen die ukrainische Bevölkerung 50 Prozent überschreitet, auf ausdrücklichen Wunsch der Bevölkerung besetzen werde.

Die endgültige Entscheidung der Frage der Zugehörigkeit der genannten Gebiete werde gegenseitigem Einvernehmen vorbehalten.

Bromberg, 18. Januar. W. Z. V.

Amlich wird von deutscher Seite gemeldet: Auf dem Turm der polnischen Kirche in Negwalde haben unsere Truppen feuernde Maschinengewehre zum Schweigen gebracht. Die Kirche erhielt hierbei mehrere Artillerietreffer.

Der Präliminar-Friedenskongreß eröffnet.

Harasmeldung.

Paris, 18. Januar.

Der Vorfriedenskongreß ist heute nachmittags 3 Uhr in der Salle de l'Horloge im Ministierium des Äußeren eröffnet worden. 25 Staaten nahmen an der Eröffnungsfeier teil. Die Staaten, die die Beziehungen zu den Zentralmächten abgebrochen, aber nicht am Kriege teilgenommen haben, wie Ecuador, Bolivien, Uruguay und Peru, sind zugelassen worden. Im ganzen sind 66 Delegierte anwesend, Poincaré nicht gerechnet. Zur Rechten Poincarés sitzt Wilson, links Lloyd George. Die übrigen Delegierten sitzen an einem halbkreisförmigen Tisch, der, wie üblich, grüne Aberzüge hat. Die Sekretäre der Delegierten sind ebenfalls zur ersten Sitzung zugelassen.

Präsident Poincaré eröffnet die Friedenskonferenz mit einer Rede, in der er zunächst für die Wahl von Paris als Verhandlungsart dankte und erklärte, daß von den verschiedenen Mächten keine für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich sei. Deutschland habe Belgien zerschmettern wollen, England und Frankreich drohten, es zu retten. Japan griff dann aus Loyalität gegenüber England und in der Erkenntnis, daß Asien durch eine Herrschaft der Mittelmächte bedroht sei, zu den Waffen. Italien weigerte sich vom ersten Augenblick an, den deutschen Ehrgeiz zu begünstigen. Rumänien kämpfte nur für die Verwirklichung seiner nationalen Einheit und mußte dann einen Vertrag unterzeichnen, den die Konferenz verweigern wird. Poincaré erwähnte sodann noch die anderen Länder, die sich auf die Seite der Entente gestellt hatten, so auch die Vereinigten Staaten. Er schloß sich glücklich, ihren Präsidenten hier im Namen des dankbaren Frankreichs und aller anderen vertretenen Mächte zu beglückwünschen. Amerika, die Tochter Europas, sei über den Ozean gekommen, um ihre Mutter der Demütigung durch eine Knechtschaft zu entreißen und die Zivilisation zu retten.

Nach einer Schilderung der Greuelstaten, die von den Deutschen begangen seien, sagte Poincaré weiter, über die Erde ertönte das Klirren von abgestreiften Ketten. Gefeßelte Nationalitäten riefen uns aus der Tiefe hundertjähriger Kerker um Hilfe an. Mehr noch, sie besetzten sich, um uns zu Hilfe zu kommen. Polen sandte uns Truppen, Tschecho-Slowaken eroberten sich in Sibirien, Frankreich und Italien das Recht auf Unabhängigkeit. So wurde der Krieg in des Wortes vollster Bedeutung zu einem Krieg der Menschheit für das Recht.

Wenn etwas uns für die Verluste, die wir erlitten, trösten kann, so ist es der Gedanke, daß unser Sieg auch ein Sieg des Rechts ist. Sie werden aus diesem vollständigen Siege heute im Interesse der Gerechtigkeit und des Friedens die vollständigen Folgerungen zu ziehen haben. Die Solidarität, die uns während des Krieges einte und uns zum Erfolg unserer Waffen verhalf, muß während der Verhandlungen und nach der Unterzeichnung des Vertrages vollständig weiter bestehen.

Wir werden also nur nach Gerechtigkeit streben. Diese erfordert zunächst Klärung und Wiedergutmachung im Interesse der Völker und Personen, die beraubt oder mißhandelt worden sind. Die Gerechtigkeit verfolgt das doppelte Ziel: jedem das ihm Zukommende wiederzugeben und nicht zu einer Erneuerung des Verbrechens durch Straflosigkeit zu ermutigen. Logischerweise fordert sie vor allem Bürgerschaft für die Nationen, die in der Vergangenheit am meisten Angriffen ausgelegt waren und in Zukunft sein könnten.

Gleichzeitig werden die hier Anwesenden gemäß dem 14. der Punkte, die die alliierten Großmächte angenommen haben, einen allgemeinen Bund der Völker aufzurichten, der die höchste Bürgerschaft gegen neue Anschläge auf das Völkerrecht sein wird. Diese internationale Vereinbarung wird gegen niemand gerichtet sein und sich niemandem verschließen.

Da sie aber durch Nationen organisiert wird, die sich opfert, um das Recht zu verteidigen, so wird sie von diesen ihre Grundsätze erhalten und die Bedingungen aufstellen, denen sich ihre gegenwärtigen oder künftigen Mitglieder unterwerfen werden. Sie wird vor allem danach trachten, dem von ihr geschaffenen Frieden Achtung zu verschaffen.

Es sind auf den Tag genau 48 Jahre seit dem 18. Januar 1871 verlossen, seitdem das deutsche Kaiserreich von den eindringenden Heeren im Schloß zu Versailles proklamiert wurde. Durch den Raub zweier französischer Provinzen forderte es seine erste Anerkennung.

Der junge, in seinen Wurzeln verderbte Staat erhielt zugleich durch die Schaffung seiner Säulen den Keim des Todes. Aus Ungerechtigkeit heraus geboren, endete er in Schmach. Die Staaten sind hier versammelt, um das angerichtete Unheil zu beseitigen und dessen Wiederkehr zu verhindern. Sie halten in ihren Händen das Schicksal der Welt. Ich überlasse Ihnen, meine Herren, diese wichtigen Beratungen und erkläre die Konferenz von Paris für eröffnet.

Nach dieser Rede verließ Poincaré den Saal. Nunmehr schlug Wilson die Wahl Clemenceaus als künftigen Präsidenten der Konferenz vor. Lloyd George und Sonnino unterstützten den Vorschlag und Clemenceau wurde einstimmig gewählt. Er schlug die Wahl mit Dank an und bat um schnelle Erledigung des Friedensprogramms. Er sagte weiter, er habe zwei Juristen wegen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit des früheren Kaisers um Rat gefragt und würde jedem Vertreter eine Abschrift der Gutachten zustellen. Die Sitzung wurde um 4,35 Uhr vertagt. Die Vertreter der Presse wohnten ihr in ihrem ganzen Verlauf bei.

Weiter wird aus Paris gemeldet: Der Präsident der Vereinigten Staaten, die Ministerpräsidenten und die Minister des Auswärtigen der alliierten und assoziierten Mächte versammelten sich gestern morgen von 10,30 bis 12,30 Uhr im Ministerium des Äußeren. Nach einem amtlichen Bericht verlas der Präsident die Bestimmungen des erneuerten Waffenstillstandes. Die Versammlung beschloß, Belgien und Serbien drei Delegierte an der Konferenz zu bewilligen. Der König des Hedichas wird durch drei Delegierte vertreten werden. Damit ist die Frage der Zahl der Delegierten der verschiedenen Mächte definitiv geregelt.

Die Tagesordnung für die Eröffnungssitzung der Konferenz wurde festgesetzt. Die Versammlung prüfte darauf die verlangte Öffentlichkeit der Verhandlungen der Konferenz und nahm einstimmig eine Mitteilung an die Presse an, in der ausgeführt wird, die Frage sei mit größter Sorgfalt geprüft. Es sei den Vertretern der Mächte auch darum zu tun, daß das Publikum durch die Presse unterrichtet werde. Es liege aber auf der Hand, daß die Verhandlungen über die Präliminarbesprechungen Einschränkungen unterworfen sein müßten, die durch die Schwierigkeit und die heikle Natur dieses Gegenstandes notwendig gemacht würden. Die Besprechungen wiesen mehr Analogie mit Kabinettsitzungen auf als mit solchen einer gesetzgebenden Körperschaft. Kabinettsitzungen würden unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgehalten, weil Meinungsverschiedenheiten beigelegt und eine Aberein Stimmung erzielt werden sollte, ehe das Stadium der Öffentlichkeit begonnen hätte. Das Wesen der demokratischen Methode bestehe nicht in der öffentlichen Beratung einer Regierung, sondern in der freien öffentlichen Besprechung der Beschlüsse.

Es handle sich bei den Besprechungen um die Lebensinteressen vieler Nationen, über die jetzt ebenfalls viele auseinandergehende Ansichten bestehen. Dabei könne nicht die Methode der Mehrheit der Abstimmung gelten. Keine Regierung könne anders als durch die freie Zustimmung ihrer eigenen Delegierten zu etwas verpflichtet werden. Wenn jede strittige Frage mit einer öffentlichen Erklärung jeder einzelnen Nation über ihren eigenen nationalen Standpunkt beginnen würde, wäre in vielen Fällen eine verkübbte öffentliche Auseinandersetzung die Folge. Es wäre das unvermeidliche Ergebnis einer Meinungsverschiedenheit zwischen den Staaten. Sei auch der Austausch von Zugeständnissen unter den Delegierten selbst eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Verhandlungen, so würden diese außerordentlich erschwert, außerdem würden die Verhandlungen bei vorzeitiger Veröffentlichung endlos hinausgezogen werden, weil es beim Interesse der Demobilisation und der Rückkehr zur Friedensarbeit für alle Mächte auf einen schnellen Frieden ankomme. Es könnte auch vorkommen, daß die Vertreter einer Nation zu Zugeständnissen in einem Punkte nur dann bereit wären, wenn sie in einem anderen, noch nicht besprochenen, Zugeständnisse erhielten. Man könne die Gerechtigkeit des Friedensvertrages nicht früher beurteilen, als bis er vollständig vorliege, und verkübbte Mitteilungen könnten zu Mißverständnissen und Besorgnissen über die Endergebnisse Anlaß geben, zu denen kein wirklicher Grund bestehe. Die Vertreter der Großmächte erkennen jedoch an, daß das Ergebnis dieser Besprechungen wertlos sein würde, wenn die öffentliche Meinung ihnen nicht zustimme.

Für die allgemeine Konferenz wurde formell der Satz aufgestellt: Die Vertreter der Presse werden zu den Sitzungen der allgemeinen Konferenz zugelassen werden, aber bei notwendigen Gelegenheiten werden die Beratungen der Konferenz geheim abgehalten werden.

Die fünf Großmächte beschloßen laut „Daily Telegraph“, daß in der Friedenskonferenz bindende Beschlüsse nur einstimmig gefaßt werden dürfen. Wenn bei einer Frage viele Meinungsverschiedenheiten herrschen, sollen diese zuerst ausgeschaltet und so lange besprochen werden, bis jede Uneinigkeit beseitigt ist.

Frankreich, Italien und Japan sollen, wie „Manchester Guardian“ aus gut eingeweihten Kreisen erfahren haben will, für die Geheimhaltung bei der Friedenskonferenz, England und Amerika dagegen gestimmt haben. Der Plan selbst stamme von Clemenceau.

„Times“ nennen das erste amtliche Kommuniqué über die Anzahl der Delegierten ein Musterbeispiel eines schlechten Gerichts.

Die Erregung der amerikanischen Presse über die geplante Ausscheidung der Öffentlichkeit auf der Friedenskonferenz nahm nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ immer weiteren Umfang an. Viele Blätter erklären, daß eine Spaltung zwischen England und Amerika einerseits und den drei anderen Staaten, Frankreich, Italien und Japan, andererseits nicht unterbleiben kann. „New York World“ schreibt: „Der Friede scheint in weite Ferne gerückt zu sein.“

Aus den Reuterdarstellungen über die Verhandlungen des interalliierten Rates in Paris geht hervor, daß in den bisherigen Besprechungen Wilson der Hauptredner war, der durch die fesselnden Darlegungen seiner Argumente die Aufmerksamkeit des Kongresses auf sich zog. Clemenceau machte den Eindruck eines Mannes, der die Verhandlungen zu schnellern Ende treiben wollte. Die englischen Delegierten haben ebenso wie Lansing sehr heftig in die Debatte eingegriffen, Sonnino und Orlando nur wenig, die japanische Delegation noch gar nicht. Ein Interview in der „Information“ läßt erkennen, daß die Hauptfragen zwar besprochen sind, daß aber noch keine Einigung erzielt wurde. Man saß, daß Wilson von dem Schicksal der Städte Fiume und Pola eine Auffassung habe, die Italien verstimme. Aus verschiedenen Presseäußerungen geht hervor, daß die Kongreßbeschlüsse sehr verstimmt haben, so besonders die Festlegung der Delegiertenzahlen und die Frage des südslawischen und belgischen Vertreters. „Journal“ bedauert, daß das französische Kolonialreich, das doch ebenso wichtig sei wie das englische, nicht auch durch Delegierte vertreten sei.

Der italienische Kolonialminister Colosimo sprach in Rom über die Friedensfragen und übte scharfe Kritik an den kolonialen Ansprüchen Englands und Frankreichs, die er als maßlose Forderungen bezeichnete. Colosimo gliederte in ironischem Sinne die Ausführungen Balfours, daß aus Gründen der Menschlichkeit die deutschen Kolonien nicht an Deutschland zurückgegeben werden dürften, während Frankreich seinen kolonialen Besitz ins Riesenhafte vergrößern wolle. Frankreich und England seien mit Rohstoffen versehen und könnten ihre Arbeitskräfte genügend beschäftigen, während dies bei Italien nicht der Fall sei.

Gegen die russisch-bolschewistische Einmischung.

Wolffmeldung.

Berlin, 17. Januar.

Die Reichsregierung hat wegen der Unterstützung des Spartakusaufstands durch die russischen Bolschewisten folgenden Protest an die russische Regierung funken lassen:

„Bei Unterdrückung der aufreißerischen Bewegung, die hier kürzlich von einer terroristischen Gruppe zwecks politischer und tatsächlicher Vergewaltigung des deutschen Volkes unternommen worden ist, sind unwillkürliche Beweise dafür zutage getreten, daß diese Bewegung mit russischen offiziellen Mitteln und von russischen Organen unterstützt worden ist und daß russische offizielle Persönlichkeiten an ihr teilgenommen haben. Die deutsche Regierung legt gegen diese unzulässige und verbrecherische Einmischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands strengste Verwahrung ein. Sie sieht zunächst davon ab, aus diesen Gründen allen russischen Staatsangehörigen, die sich bloßher frei in Deutschland aufhalten konnten, das gewährte Gastrecht zu entziehen, worin sie an sich berechtigt wäre; sie will jedoch keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß gegen alle Russen, die sich einer Unterstützung der aufreißerischen Bewegung schuldig gemacht haben oder noch in diesem Sinne tätig werden, auf das schärfste vorgegangen werden wird.“

Ebert, Scheidemann.“

Vier verhaftete Spartakusführer, Bojeski, Merz, Bilkert und Jordan, Haupttätersführer bei den Spandauer Unruhen, wurden beim Transport aus der Spandauer Zitabelle nach dem Tegeler Festungsgefängnis im Tegeler Fort bei einem Fluchtversuch durch das Begleitkommando niedergeschossen und getötet.

Englische Annäherungsführer an die Sowjetregierung.

Wolffmeldung.

London, 17. Januar.

Lloyd George brachte dem „Daily Telegraph“ zufolge am Donnerstag in der Konferenzsitzung die russische Frage zur Sprache und entwickelte folgendes Programm: „Ein Einschreiten der Verbündeten in Rußland in großem Maßstabe ist unausführbar. Ein Einschreiten in kleinem Maßstabe und ein wirtschaftlicher Druck dürfte keine Wirkung haben. Infolgedessen schlage ich vor, die Ansichten der Bolschewikeregierung zu hören, indem man sie ersucht, auf der Friedenskonferenz zu erscheinen. Ich bin der Ansicht, daß England bei der russischen Revolution nicht den Fehler wiederholen darf,

den es bei der französischen gemacht, und daß es wenigstens abwarten und zusehen muß, ob der Bolschewismus für Reformen zugänglich ist.“

Die französische Regierung hat sich gegen eine derartige politische Umkehr gewandt, und die französische öffentliche Meinung ist durch die neue Strömung in der britischen Politik gegenüber Rußland sehr erregt. Frankreich mit Ausnahme der Sozialisten ist der Ansicht, falls die Verbündeten das russische Volk nicht aus seinem gegenwärtigen Chaos befreien, würde Deutschland ein außerordentlicher Trumpf abgeben und würde dies eine neue Gefahr für Europa bilden.

Die neue Reichsverfassung.

Wolffmeldung.

Berlin, 18. Januar.

Der Entwurf der neuen deutschen Reichsverfassung, der der Nationalversammlung vorgelegt werden soll, umfaßt nach der „B.Z.“ am Mittwoch vier Abschnitte. Sie behandeln das Reich und die deutschen Freistaaten, den Reichstag, die Grundrechte des deutschen Volkes und den Reichspräsidenten und die Reichsregierung. Das Deutsche Reich besteht danach aus seinen bisherigen Gliedstaaten und den Gebieten, deren Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechts Ausnahme in das Reich begehren und durch ein Reichsgesetz aufgenommen werden. Alle Staatsgewalt liegt im deutschen Volke. Das Reich erkennt das geltende Völkerrecht als bindendes Bestandteil seines eigenen Rechtes an. Der Reichspräsident wird vom ganzen Volke gewählt. Er hat das Reich zu vertreten und die Gesetze zu verkünden. Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsgesetz. Dem Reichspräsidenten steht die Exekutive zu. Das Amt des Reichspräsidenten dauert sieben Jahre, seine Wiederwahl ist zulässig. Die Reichsregierung besteht aus dem Reichskanzler und einer Anzahl Reichsminister, die vom Reichspräsidenten ernannt werden.

Vortrag. Am Mittwoch, den 22. Januar, wird Herr Pfarrer Keller im großen Speisesaal des Schlosses einen Vortrag halten.

Thema: Wer war Spartakus?
Beginn: 8 Uhr abends. Zutritt ist nur Heeresangehörigen und der deutschen Gemeinde Bialystok gestattet.

Fahrplanänderung. Von Montag, den 20. 1. ab erhalten die gemischten Züge 240/241 auf der Strecke Bialystok—Jelwa folgenden geändert Fahrplan:

Gmz. 240		Gmz. 241
634 ab Bialystok Hbf.		an 750
645		ab 742
709	Kurzjann	727
732	Zednia	700
811	Balisz	652
835	Zubki	606
910	Brzostowica	547
939	Rudawka	513
1002	Andrzejewce	448
1049	Wolkowynsk Hbf.	428
1100		351
1118	Biskupce	335
1139	Lebedzje	301
1200 an Jelwa		ab 248

Hauptkassierer: G. Ugg.

Druck und Verlag der „Bialystoker Zeitung.“

Befehl.

Jeder nach der Stadt Bialystok Zu- oder Abreisende hat sich sofort beim Meldeamt der Polizeiverwaltung, Alexanderstraße 21, an- oder abzumelden.

Nichtbefolnen dieses Befehls zieht strenge Strafen nach sich. Verantwortlich für sofortige Meldung sind außer den Zu- und Abreisenden auch die Hausbesitzer, Hausverwalter, Hauswächter und Inhaber der Wohnungen in denen die Reisenden absteigen.

Bialystok, den 16. Januar 1919.

Der Ortskommandant: Für den Soldatenrat:
Delhaes, Werth.
Hauptmann.

Restaurant Aquarium

Markstraße 2, 1 Treppe.

Empfehl: Frühstück, Mittag, Abendbrot. Musterhafte Küche unter der Leitung eines Küchenchefs. Reichhaltiges Büfett. Div. Weine, gut gepflegt. :: Bier. Mäßige Preise. Besondere Zimmer. ::

2727 Inh.: M. Mandelbaum.

Gazeta Białostocka

Wychodzi codziennie. — Abonament wynosi: przy odbiorze w ekspedycji 1,50 mk. miesięcznie; na pocztę 4,95 mk. kwartalnie, wyłącznie opłaty za dostawienie. Zamówienia — — — przyjmują wszystkie poczty państwowe. — — —

Redaktor naczelny: G. Lutz.
Redakcja: Aleksandrowska 8/10.

Ekspedycja: Mikołajewska 3.
Drukem i nakładem „Gazety Białostockiej“.

Ceny ogłoszeń: wiersz sześciolinowy, petitowy 25 fen. Ogłoszenia mieszkań i poszukiwania posad 15 fen. Przy powiornici i większych zamówieniach obniża się ceny. Przyjmowanie ogłoszeń z zastrzeżeniem cenzuralnem w ekspedycji przy Mikołajewskiej 3 i we wszystkich eksped. anonsowych.

Otwarcie kongresu pokoju preliminarnego.

Doniesienie Biura Wolffa.

Berlin, 18. stycznia.

Kongres przedpokojowy otwarty został dziś o godzinie 3 po południu w sali de l'Herloge w gmachu ministerstwa spraw zagranicznych. W posiedzeniu inauguracyjnym wzięło udział 25 państw. Państwa, które zerwały stosunki z państwami centralnymi, lecz nie brały udziału w wojnie jak Ekwator, Boliwia, Urungung, i Peru zostały dopuszczone. Ogółem obecnych było 66 deputowanych nie licząc Poincarégo. Po prawej stronie Poincarégo siedzi Wilson, po lewej Lloyd George. reszta delegatów zasiadła w kółko stołów ustawionych w podkowie i pokrytych jak zazwyczaj zielonym sukniem. Sekretarze delegatów również dopuszczeni zostali na pierwsze posiedzenie.

Prezydent Poincaré otwiera konferencję pokojową mową, w której z początku — wedle doniesienia Hawasa — dziękuje za wybranie Paryża na miejsce obrad i oświadcza, że z różnych państw tu obecnych żadne nie jest odpowiedzialne za wybuch wojny wszechświatowej. Ze specjalnych publikacji, o których już przez publikację z archiwów cesarskich wyraźnie się o tem dowiedziano. Dziś dokładnie dowiedziano, że napad miał na celu zdobycie panowania nad Europą, a równocześnie nad światem. Poincaré mówił: „Niech ci, którzy zmarnili przez oręż, chcąc orężem zdobyć panowanie sami się oskarżają“.

Nic bardziej nie charakteryzuje poglądów w Anglii w roku 1914, nie czynienia niczego przeciwko obronie na lądzie we Francji, w razie gdyby Niemcy nie mogli dostać się przez kanał la Manche, a oświadczenie uznania neutralności Francji, jeśli nie zgodzi się na zajęcie Briey, Pol i Verdun. Niemcy zniweczyć chciały Belgię, Anglię i Francję postanowiły ją ratować. Japonja, ze względu na lojalność dla Anglii i rozumiejąc, że Azja wskutek mianowania państw centralnych jest zagrożona, chwyciła za broń. Włochy wzdragały się od pierwszej chwili podsycić ambicję Niemiec. Rumunja walczyła tylko o urzeczywistnienie swej własnej narodowej swobody i musiała potem podpisać ugodę, którą konferencja nie przyjmie. Poincaré wspominał potem o innych krajach, które stanęły po stronie koalicji, a tem samem i Stanów Zjednoczonych. Uważa się za szczęśliwego, że może powitać ich prezydenta w imieniu wdzięcznej Francji i wszystkich innych reprezentowanych tu państw. Ameryka, ta córka Europy, przebyła ocean aby swą matkę uratować od upokorzenia i wyrwać z niewoli, oddając cywilizacji.

Po opisanu okrucieństw, dokonanych przez Niemców, mówił Poincaré dalej, że ziemia odezwała się echem spadających z loskotem oków. Skutek dotychczas narody wołały z głębi lochów więziennych, w których setki lat przebywały o pomoc. Jeszcze więcej, ci co zostali uwolnieni przyszli nam z pomocą. Polacy przysłali nam wojska. Czecho-Słowacy zdobyli Sybir, Francja i Włochy prawo do niezależności. I tak wojna ta, chociaż brzmiał dzwoniem, stała się wyprawą ludzkości o wywalczenie praw.

Jeśli cokolwiek pocieszyć nas może za doznane straty to, jedynie myśl, że zwycięstwo nasze jest także zwycięstwem prawa. Z tego zupełnego zwycięstwa wyciągnąć będzie trzeba dla dobra sprawiedliwości i pokoju wszystkie skutki. Solidarność, łącząca nas w ciągu wojny, i która dopomogła naszemu oręzu do zwycięstwa musi trwać dalej nie tylko podczas obrad, lecz i na długo po podpisaniu ugody.

Dążyć więc będziemy jedynie do sprawiedliwości. Takowe wymaga przedewszystkiem oddania i naprawy wszystkiego w interesie narodów i osób, które były obrabowane i sponiewierane. Sprawiedliwość dąży do podwójnego celu: Oddanie każdemu co mu się należy i nieupoważnienie bezkarnością do dokonywania nowych zbrodni. Logika dyktuje, że niezbędne są gwarancje dla narodów, które były dawniej najbardziej wystawione na napady.

Równocześnie wszyscy tu obecnie, stosownie do 14 punktu przyjętego przez wielkie państwa utworzą związek narodów, co będzie największym zabezpieczeniem przeciwko nowemu napadowi na prawa narodów. Ten międzynarodowy związek nie będzie skierowanym przeciwko nikomu i przed nikim się nie zamknie.

Ponieważ zorganizowany jednak będzie przez narody, które się poświęciły by bronić praw, to też otrzymają od nich swe podstawy i warunki, których obecnie lub w przyszłości członkowie ich będą podlegać. Dążyć będzie przedewszystkiem do nadania powagi pokojowi, który stworzył.

Dziś upłynęło właśnie 48 lat od dnia 18 stycznia 1871 roku, od czasu gdy proklamowane zostało cesarstwo niemieckie przez wojska, które wtargnęły do Wersalu. Przez zrabowanie dwóch prowincji francuskich zażądało ono pierwszego swego uznania. Młode zepsute w swych korzeniach państwo otrzymało natychmiast przez stworzenie swych powodów zarodek śmierci. Urodzone z niesprawiedliwości kończy w poniżeniu. Państwa zebrały się tu aby usunąć dokonane nieszczęścia i zapobiedz by nie powróciło. Trzymają one w swych dłoniach losy świata. Pozostawiam im, moi panowie, te ważne obrady i oświadczam iż konferencja w Paryżu została otwarta.

Po tej mowie opuścił Poincaré salę. Teraz zaproponował Wilson wybór Clemenceau na stałego prezesa konferencji. Lloyd George i Sonino wspomogali ten projekt i Clemenceau został jednogłośnie wybrany. Przyjął ten wybór z podziękowaniem i prosił o szybkie ukończenie programu pokojowego. Dalej mówił, że radził się dwóch prawników co do prawnego postępowania karnego względem odpowiedzialności byłego cesarza i teraz złoży do uznania kopji ich decyzji.

Posiedzenie zakończyło się o godzinie 4,35. Przedstawiciele prasy obecni byli od początku do końca.

Londyn, 18. stycznia.

Pięć wielkich państw postanowiło, jak donosi „Daily Telegraph“ by podczas konferencji pokojowej zobowiązujące postanowienia powzięte były tylko jednogłośnie. Jeśli w jakiej kwestji panuje niezgoda zdań, to należy taką odłożyć i potem tak długo omawiać dopuki nie nastąpi zupełne porozumienie się.

Jeszcze w sprawie Liebkechta.

Berlin, 18. stycznia.

Aby w sprawie śmierci Liebkechta i Rozy Luksemburg jaknajspieszniej mógł wyjaśnić kwestję winy, postanowił sąd zebrać dla obu stron specjalną wojenną radę sądową. Z inicjatywy rządu rada centralna i Berlińska rada wykonawcza delegowała dla współdziałania przy śledztwie po jednym członku. Powołany ma też być członek niezależnej partji socjaldemokratycznej. Konieczną zdaje się też dokładne i niejednostronne śledztwo dywizji biorącej udział, ponieważ „Freiheit“ twierdzi, że nieprawda jest, iż Liebkecht zastrzelony został podczas ucieczki... Wiarogodni świadkowie stwierdzili podobno w trupiarni, że strzał dany był z bezpośredniej bliskości. Na czołe znajduje się mały otworek wejściowy wraz z opalenizną spowodowaną wystrzałem, z tyłu głowy zaś wielki otwór wyjściowy.

Przeciw temu oświadcza dywizja strzelców kawalerji, że badanie lekarskie wykazało, iż Liebkecht trafiony został trzema strzałami w plecy. Wypadek zdaje być prawnie nienaruszalnym. Zastrzelenie przy zamiarze ucieczki uważane być musi za zupełnie upoważnione. Jedyny zarzut jaki uczyniony być może tej dywizji, jest niedostateczna straż w sprawie Rozy Luksemburg, i tę sprawę jaknajsurowiej badaną będzie przez radę wojenną.

„Freiheit“ zwraca się w odezwie podpisanej przez kierowników partji niezależnych i Berlińskie prezydium centralne do ogółu robotników z żądaniem urządzenia strajku oznaczającego protest przeciwko zabiciu Liebkechta i Rozy Luksemburg, wymyślając nie tylko na burżuazję, lecz też na rząd Ebert-Schedemanna. W sobotę po południu odbyć się mają zebrania manifestacyjne w rozmaitych dzielnicach miasta. Wezwanie do ogólnego bezrobocia znalazło dotychczas posłuch u niektórych tylko robotników.

Berlin, 17. stycznia.

Siedziba głównego niemieckiego dowództwa wojsk, jak tu powiadają, przeniesioną ma być przy końcu tego miesiąca do jednego z miast położonego na wschodzie Niemiec.

Paryż, 16. stycznia.

Henderson potwierdził w obec jednego z przedstawicieli agencji Hawas, że zebranie międzynarodówki jest już postanowione, i że otwarcie nastąpi 27 stycznia. Henderson odjeżdża wraz z Huysmanem do Berna.

Berlin, 17. stycznia.

Tak biuro gospodarki państwowej jak i państwowe biuro żywnościowe oświadczyły, że nowe żądanie koalicji przedłużenie rozejmu, jak też dostawy maszyn rolniczych i narzędzi niemożliwe jest do przeprowadzenia.

Przeciwko bolszewikom.

Doniesienie Biura Wolffa.

Królewiec, 16. stycznia.

Z pewnego niemieckiego źródła donoszą: Podczas gdy do niedawna niebezpieczeństwo najścia wojsk bolszewickich na Prusy wschodnie było niedocenione, rozprzeszczelono obecnie z wyraźnych powodów ze strony rosyjskiej przesadne pogłoski o rzekomej milionowej armji maszerującej ku granicy niemieckiej. O tem nie ma mowy. Linję Ryga—Dynaburg—Wilno przeszło ogółem najwyżej 50.000 wojska bolszewickiego. Znaczna zasilenie tych wojsk jest tymczasowo niemożliwe, dopóki rząd sowjetów walczyć musi na rozmaitych frontach o swój byt. Główny prezydent Batocki wydał odezwę wzywającą do dobrowolnego wstępowania do wschodnio-pruskiej obrony narodowej. Odezwa ta brzmi między innymi: „Ponieważ jednak czas obecny wymaga mniej słów niż czynów, dających przykład, na początku lutego, gdy zapewne ukończę już naglące sprawy mego stanowiska i gdy na granicy sytuacja stanie się poważną, wstąpię, pomimo moich lat 51, do obrony narodowej, i ponieważ brak mi doświadczenia w prowadzeniu wojska przeciwko wrogowi, jako prosty żołnierz.“

W Estonji posuwają się wedle doniesienia „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ otrzymanego z Helsingforsu, wojska estońskie i fińskie ochotniczo oddziały w kierunku na wschód od Wesenbergu. Równocześnie ostrzeliwiają estońskie siły morskie Narwę. W kierunku na Dorpat i Bartolomaj wojska doszły do Walku-Naukszen. Choć istnieją jeszcze gdzieś tam, szczególnie w okolicy jeziora Wirt gniazda bolszewickie, to jednak na ogół uprzątnięto bolszewików z większej części Estonji.

Polożenie w Kurlandji jest za to powikłane. Doniesienia, kto rządzi w Rydze, są niezgodne. Jedni piszą że panuje tu rząd burżuazyjny, drudzy zaś, że bolszewicki. Możliwe jest, że obie wersje są prawdziwe, że w szeroko rozłożonym mieście obie partje mają w swych rękach rozmaite dzielnice.

Dorpat został wedle dalszego doniesienia z dnia 14 stycznia, po zaciętej jedenastogodzinnej walce zdobyty przez szereg wozów pancernych i estońską piechotę. O godzinie 5 cofnął się przeciwnik w nieporządku pozostawiając wiele łupów wojennych.

„Kreuzzeitung“ umieszcza wiadomość otrzymaną z Paryża, wedle której pewien komisarz litewski odwiedzić miał Wilsona proponując mu, by 50.000 litwinów należących do armji amerykańskiej, a znajdujących się we Francji, wysłano na Libawę aby tu walczyli przeciwko bolszewikom.

Berno, 16. stycznia.

„Temps“ żąda ostatecznego usunięcia bolszewizmu za pomocą wysłania międzynarodowych sił zbrojnych które zaatakować mają od strony Ukrainy.

Amsterdam, 17. stycznia.

Generał Krasnow, hetman kozaków dońskich, generał Szilimenow, hetman kozaków kubańskich i generał Denikin główny dowódca rosyjską armją ochotniczą zgodzili się, jak donosi Reuter, na to, by Denikin objął stanowisko głównego dowodzącego wszystkimi siłami zbrojnymi Rosji południowej, aby w ten sposób utworzyć jednolite główne dowództwo.

Rozkaz.

Każdy do Białegostoku przyjeżdżający i z miasta wyjeżdżający obowiązany jest niezwłocznie meldować się w biurze meldunkowym przy policji Alexandrowska Nr. 21.

Niespełnienie tego rozkazu pociąga surowe kary za sobą. Odpowiedzialni za nienatychmiastowe meldowanie są oprócz przy i wyjeżdżających także właściciele domów, rządczy, stróże i właściciele mieszkań gdzie takowi się zatrzymują.

Białystok, 16. stycznia.
Komendant miejscowy: Delhaes, Kapitan. Za radę żołnierska: Werth.

NIEMIECKI OFICER POSZUKUJE
nauczyciela języka polskiego

Adres: Lipowa 41.

Kapitan Wunrau.

